

die - Kollegin

für ver.di Kolleginnen
eine Information vom Bezirksfrauenrat ver.di Mittelhessen



Liebe ver.di-Kolleginnen,
mit diesem Info-Blatt greifen wir interessante Themen im (Arbeits-)Alltag von Frauen auf und freuen uns über Anregungen und Rückmeldungen von Euch.
Euer Bezirksfrauenrat ver.di Mittelhessen

Sonderausgabe 2 zur Bundestagswahl

Liebe Kolleginnen, die Bundestagswahl am 26. September 2012 wirft ihre Schatten voraus. Wir möchten mit unseren Sonderausgaben der „ver.di – Kollegin“ informieren und Entscheidungshilfen für die Wahl geben.
Die zweite Sonderausgabe beschäftigt sich mit dem sozial-ökologischen Umbau.



Sozial-ökologischer Umbau

Der Klimawandel ist die Überlebensfrage für die Menschheit.

Die Pariser Klimaziele können nur erreicht werden, wenn die EU im Rahmen des Europäischen Green Deal ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent senkt. Es endlich macht und nicht nur davon redet. Umweltschutz kann wehtun, eine zerstörte Umwelt aber erst recht. Und vom Schmusen mit Bäumen wird der Wald nicht gesund.

Viele ver.di-Kolleg*innen arbeiten in Branchen, die unmittelbar von diesem Umbau betroffen sind oder sein werden. Für sie wollen wir sichere und gute Arbeitsplätze gestalten und für die ganze Gesellschaft sozial und ökologisch ausgewogene Perspektiven.

Ein ökologisches Preissystem – Ökosteuer und CO₂-Bepreisung – kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ein langsam und kontinuierlich steigender CO₂-Preis – CO₂-Steuer auf Brennstoffe – würde Unternehmen und Verbrauchern Planungssicherheit geben. Die Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs – z.B. durch höhere Strom-, Öl-, Gas-, und Benzinpreise – darf aber Normal- und Geringverdienende nicht stärker belasten. Die erzielten Einnahmen sollten in großen Teilen in Form einer sozial gestaffelten Klima-Kopfprämie an die Haushalte zurückfließen.



Eine **ökologische Verkehrswende** zielt darauf ab, den Verkehr von Luft und Straße auf die Schiene zu verlagern. **Dafür muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ausgebaut und modernisiert werden.** Wir wollen die Beförderungskapazität des ÖPNV perspektivisch verdoppeln. **Der Güterverkehr muss stärker auf die Schiene verlagert und intelligent mit anderen Verkehrsträgern vernetzt werden.**





Eine **ökologische Energiewende** erfordert den massiven Ausbau der **erneuerbaren Energien**. Die bestehenden **Kohlekraftwerke** sind auf Erdgas und perspektivisch auf grünen Wasserstoff umzustellen.

In der kommunalen Ver- und Entsorgung muss Wasserstoff zukünftig eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus sollten die privaten und öffentlichen Gebäude energetisch saniert werden.

Die industrielle Produktion muss umwelt- und klimafreundlicher werden. Staatliche Normen, Quoten und Grenzwerte sollten der Produktion klimafreundliche Vorgaben machen. Eine **CO₂-Grenzsteuer** könnte dabei hilfreich sein. Sie ist eine Steuer, die Importe dann mit Zöllen belegt, wenn die im Produktionsland angefallenen CO₂-Kosten wegen fehlender Auflagen ungerechtfertigt geringer sind als in der EU. Dieser Mechanismus kann verhindern, dass heimische Unternehmen durch klimafreundlichere Produktion Wettbewerbsnachteile erleiden.

Durch abfallpolitische Regeln können geschlossene Materialkreisläufe angestrebt werden. Ziel muss ein **verringertes Verbrauch von Ressourcen und ein hoher Grad an Kreislaufwirtschaft sein**. Die öffentliche Beschaffung muss sich an Umweltkriterien ausrichten.

Die ökologische Frage ist auch eine Verteilungsfrage.

Oftmals verbrauchen wohlhabende Topverdiener mehr Energie und erzeugen mehr CO₂ als Normal- oder Geringverdienende und sozial Benachteiligte. Sie hinterlassen einen größeren ökologischen Fußabdruck, und daran muss sich auch die Kostenverteilung der sozial-ökologischen Transformation orientieren.

Mogelpackungen belasten die Umwelt und in der Politik gefährden sie die Zukunft. Genau hinhören bei Wahlversprechen, die Zeit der unverbindlichen Zusagen ist vorbei.

Plakat von
1918/1919

Wahlwerbung
vom
überparteilichen
Verband der
Frauenvereine
Deutschlands



Termine:

26. September ist Wahltag!
Wahlrecht ist Wahlverpflichtung.

Übrigens: Bis 1958 durften Frauen in der BRD den Führerschein nur erwerben, wenn Ehemann oder Vater zustimmten. Männer mit Führerschein haben auch heute noch viel öfter ein eigenes Auto als Frauen. Dafür verunglücken Frauen öfter als Beifahrerin. Also runter vom Gas!

Und auf jeden Fall nachgucken, ob das alles im Wahlprogramm der Partei erwähnt ist, die Ihr wählen wollt !!!